



7. Stadtratsprotokoll / 7^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 16. Mai 2019, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 16 mai 2019 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Briechle Dennis, Brunner Thomas, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Epper Bettina, Francescutto Luca, Frank Lena, Gerber Andreas, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Gugger Reto, Günther Muriel, Hamdaoui Mohamed, Heiniger Peter, Helbling Beatrice, Koller Levin, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Meyer Miro, Molina Franziska, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rochat Julien, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Torriani Isabelle, Vlaiculescu-Graf Christiane, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max, Zimmermann Erwin, Zumstein Joël

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Gurtner-Oesch Sandra, Meuli Selma, Rindlisbacher Hugo, Strässler Thomas

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

Némitz Cédric

Vorsitz / Présidence:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées**Seite/Page**

97. Postulat 20180296, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen»	302
98. Überparteiliches Postulat 20180297, Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, PRR, Bernhard Leuenberger, FDP, «Auflösung Mietfachstelle».....	302
99. Überparteiliche Interpellation 20180302, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Sandra Gurtner-Oesch, Fraktion GLP, Pascal Bord, Fraktion PRR, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Arbeitsausfälle durch längere Krankheit in der Stadtverwaltung»	305
100. Interpellation 20180305, Urs Scheuss, Grüne, «Rückgang der Parkkarten für Anwohnende: Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat»	306
101. Motion 20180327, Cécile Wendling, FDP, «Busseneinnahmen: Realitätsgetreue Budgetierung»	307
102. Postulat 20180368, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Stopp dem Transit-Schwerverkehr auf der Ost-WestAchse durch die Stadt Biel»	307
103. Interpellation 20180373, Reto Gugger, BDP, «Verkehrssituation bei Grossdemonstrationen»	309
104. Interpellation 20180374, Pascal Bord, PRR, «Warum hat der Gemeinderat einer sympathischen Tradition der Feuerwehr ein Ende gesetzt?»	309
105. Überparteiliche Interpellation 20180332, Dana Augsburger-Brom, SP, Peter Heiniger, PdA, «Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen».....	310
106. Überparteiliche Interpellation 20180419, Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, «Sind die Direktionsstellen der städtischen Unternehmungen Deutschsprachigen vorbehalten?»	311
107. Dringliche Interpellation 20190057, Muriel Günther, SP, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO, «Umschwung bzgl. SV17/STAF/USR IV: Ist die Finanzdirektorin noch glaubwürdig?»	312
108. Dringliche Interpellation 20190058, Daniel Suter, PRR, «Baustelle vs. Strassencafés»	315
109. Postulat 20180369, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)»	316
110. Postulat 20180370, Dennis Briechle, GLP, «Vervollständigung Gartenstrasse»	317
111. Postulat 20180367, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Verkehrsschulungsanlage für Alle»	318
112. Interpellation 20180372, Pierre Ogi, PSR, «Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit»	322
113. Interpellation 20180421, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Zügelt die Vinifera zu oft?»	324
114. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190174, Max Wiher, GLP, Glenda Gonzalez, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?»	325
115. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190173, Peter Heiniger, PdA, «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!»	325
116. Neueingänge.....	326

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung.

Auf Ihren Tischen liegt:

- Flyer der Stadt Biel zur Ausschreibung des Wettbewerbs für die Präambel der neuen Stadtordnung.

Ich möchte die Traktandenliste heute zügig abarbeiten und wenn möglich die Sitzung früher beenden.

97. Postulat 20180296, Titus Sprenger und Ruth Tennenbaum, Passerelle, «Städtische Parkierungsanlagen: Vergünstigung für Anwohner/-innen»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 22)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Sprenger Titus, Passerelle: Die PostulantInnen danken dem Gemeinderat für seine wohlwollende Antwort. Vor bald 19 Jahren hat das Stimmvolk dem Parkierungsreglement (SGR 761.5) deutlich zugestimmt. Damit wurde auch dem Grundsatz zugestimmt, die Oberflächenparkfelder in sogenannte konzentrierte Parkierungsanlagen zu verlagern. Dieser Entwicklung ist die im Parkierungsreglement aufgeführte Anwohnerprivilegierung (Art. 1 Abs. 2) allerdings nie gefolgt, obwohl es nur logisch wäre, diese Privilegierung auf die Parkieranlagen auszuweiten. Das würde mehr Lebensraum an der Oberfläche schaffen. Die Sichtbarkeit unter den Verkehrsteilnehmenden würde verbessert. Ausserdem könnte der Suchverkehr in den Quartieren reduziert werden. Insgesamt würde mit der Anwohnerprivilegierung eine gezielte Förderung zur Verlagerung der Parkierungsmöglichkeiten und damit zu einer höheren Verkehrssicherheit beitragen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

98. Überparteiliches Postulat 20180297, Reto Gugger, BDP, Pascal Bord, PRR, Bernhard Leuenberger, FDP, «Auflösung Mietfachstelle»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 23)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Gugger Reto, BDP: Die Urhebenden baten den Gemeinderat, einen Bericht über Tätigkeit und zukünftige Planung der Mietfachstelle vorzulegen. Der Gemeinderat beantragt heute, das Postulat erheblich zu erklären und will später einen Schlussbericht einreichen. Als am 14. Januar 2014 die dringliche überparteiliche Motion 20140025 «Mietzinsreduktionen erwirken» eingereicht wurde, lag der vom Bundesamt für Wohnungswesen festgelegte Referenzzinssatz bei 2%. Seither wurde er um ein halbes Prozent auf 1,5% gesenkt. Der Referenzzinssatz dient den

MieterInnen dazu, Mietzinsanpassungen verlangen zu können. Für eine Wohnung in Biel beispielsweise, welche anfangs 2014 CHF 1'000 gekostet hat, wäre bis heute eine monatliche Mietzinsreduktion von CHF 30 möglich gewesen. Wurde der Mietvertrag bereits vor 2014 abgeschlossen, fällt die monatliche Einsparung sogar höher aus. Unter anderem sollte auch den Sozialhilfebeziehenden ermöglicht werden, von ihrem Recht auf Mietzinsreduktion Gebrauch zu machen. Damit würde ein Beitrag zur Entlastung des Allgemeinwesens geleistet. Jede von der Mietfachstelle erwirkte Mietzinsreduktion trägt zur Kosteneinsparung bei. Sind aber zu einem gewissen Zeitpunkt alle möglichen Mietzinsreduktionen eingefordert, nimmt der Nutzen der Mietfachstelle deutlich ab. Die anfallenden jährlichen Kosten dieser Fachstelle können mit den erwirkten Einsparungen eventuell nicht mehr gedeckt werden. Die Mietfachstelle wurde aus diesem Grund von Anfang an als zeitlich beschränkte Spezialeinheit angesehen. Die Urhebenden warten nun gespannt auf den in Aussicht gestellten gemeinderätlichen Bericht. Sollten die Vermutungen über den fehlenden Nutzen bestätigt werden, hoffen die Urhebenden, dass die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Mit den Drittmitteln aus dem Lastenausgleich im Sozialwesen zwischen Kanton und Gemeinden muss verantwortungsvoll umgegangen werden. Sie müssen mit der grösstmöglichen Wirkung eingesetzt werden. Darüber ist sich der Stadtrat hoffentlich einig.

Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO: Die Fraktion SP/JUSO diskutierte den vorliegenden Vorstoss. Die Mietfachstelle kümmert sich nicht nur um die Anpassung der Mietzinse an den Referenzzinssatz, sondern nimmt auch weitere Aufgaben wahr. Bei Problemen in Mietverhältnissen oder mit dem Mietvertrag kann die Fachstelle rechtliche und fachliche Unterstützung bieten. Sie greift ein bei Sicherheitsmängeln und mangelhaftem Zustand der Wohnungen von Sozialhilfebeziehenden. Genau für solche Missstände braucht es eine Fachstelle, welche die Einhaltung der Rechte der MieterInnen überwacht. Das vorliegende Postulat erweckt den Eindruck, dass wieder einmal der Sozialstaat abgebaut werden soll. Die Fraktion SP/JUSO wird deshalb der Erheblicherklärung des Postulats nicht zustimmen.

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Werte Vorrednerin, ich muss hier intervenieren. Die Mietfachstelle ist nicht dasselbe wie die Schlichtungsbehörde für mietrechtliche Angelegenheiten. Im 2005 wurde die Mietfachstelle eingerichtet. Frau Tanner spricht aber von der Schlichtungsbehörde in Bern. Diese Stelle steht kostenlos und für Streitigkeiten bis zu einem relativ hohen Streitwert offen. Der Schutz durch die Schlichtungsbehörde funktioniert gut. Sie ist neutral und paritätisch aus MieterInnen und VermieterInnen zusammengesetzt.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Lieber Herr Leuenberger, ich denke nicht, dass Frau Tanner etwas verwechselt. Sie kennt die Zuständigkeiten der Mietfachstelle sehr wohl. Vor dem Hintergrund, dass die Stadt Biel die Mietzinszahlungen für Sozialhilfebeziehende gesenkt hatte, wurde die Mietfachstelle geschaffen. Diese konnte für die Sozialhilfebeziehenden Mietzinsreduktionen einfordern, wie Herr Gugger bereits geschildert hat. Heute die Aufhebung der Mietfachstelle zu fordern, ist für die Fraktion Grüne nicht opportun. Die Begleitung von Sozialhilfebeziehenden, um marktgerechte und nicht überbissene Mietzinse einzufordern, ist wichtig. Schlussendlich wird damit die Situation für die Stadt Biel und der finanzielle Lastenausgleich des Kantons verbessert. Die Mietfachstelle trägt dazu bei, Geld zu sparen und Härtefälle zu mindern. Die Fraktion Grüne sieht nicht ein, wieso die

Fachstelle aufgelöst werden sollte. Der Gemeinderat hat einen Tätigkeitsbericht der Mietfachstelle in Aussicht gestellt. Die Fraktion Grüne folgt der Fraktion SP/JUSO und ist der Meinung, dass das Postulat nicht erheblich erklärt werden soll.

Gugger Reto, BDP: Besten Dank für die wertvollen Rückmeldungen der Fraktionen SP/JUSO und Grüne. Das vorliegende Postulat ersucht den Gemeinderat: *«...einen Bericht über die Tätigkeit der Mietfachstelle zu erstellen und seine Pläne für die Zukunft dieser Fachstelle darzulegen.»* Ob der Gemeinderat zum Schluss gelangt, die Mietfachstelle aufzulösen, bleibt offen. In der Begründung des Vorstosses steht, dass der Wissenstransfer zur Abteilung Soziales (SOZ) wichtig wäre. Die Urhebenden wollen die Sozialhilfebeziehenden nicht einfach im Regen stehen lassen. Einen unnötig aufgeblähten Apparat gilt es jedoch zu verhindern. Die Gelder aus dem finanziellen Lastenausgleich sollen zugunsten der Stadt und der Sozialhilfebeziehenden optimal eingesetzt werden.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Es geht im vorliegenden Vorstoss um Sozialhilfebeziehende, die bei der Wahrnehmung ihrer Rechte Unterstützung benötigen. Die Mietfachstelle nahm vor allem die drei folgenden Aufgaben wahr:

1. Überprüfung von Mietverträgen, mietrechtliche Anpassungen vor allem in Bezug auf den Referenzzinssatz. Herr Gugger wies richtigerweise darauf hin, dass weniger Dossiers zur Überprüfung vorliegen. Wichtig zu wissen ist aber, dass stets neue Dossiers zu neuen Mietverträgen eingereicht werden.
2. Rechtliche Begleitung bei missbräuchlich abgeschlossenen Mietverträgen. In solchen Fällen müssen teilweise kurze Fristen eingehalten werden.
3. Die Überprüfung von Heiz- und Nebenkostenabrechnungen. Immer wieder wird festgestellt, dass diese nicht korrekt abgefasst sind.

Wie Herr Leuenberger festgestellt hat, gibt es für solche Fälle die Schlichtungsbehörde. Für Sozialhilfebeziehende ist aber der Zugang oft schwierig. Dank der Unterstützung durch die Mietfachstelle waren in der Vergangenheit viele Fälle erfolgreich. Herr Gugger, es stimmt, dass der Wissenstransfer sicher wünschenswert ist. Nach wie vor ist bei den Sozialdiensten die allgemeine Fluktuationsrate hoch. Das vermittelte und angeeignete Wissen geht immer wieder relativ schnell verloren. Bis jetzt ist die Zwischenbilanz der Mietfachstelle im Vergleich zu anderen Stellen schweizweit durchaus positiv. Sozialdienste anderer Gemeinden haben sich für die Lösung in Biel interessiert und nachgefragt. Die Mietfachstelle hat Pilotcharakter und hat entsprechend Aufmerksamkeit erhalten. Noch ist offen, welche Richtung der Gemeinderat einschlagen wird. Aus diesem Grund empfiehlt der Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären und den verlangten Bericht abzuwarten.

Abstimmung

- über den Antrag des Gemeinderats, das Postulat erheblich zu erklären

Mittels Stichentscheid der Stadtratspräsidentin wird der Antrag angenommen. Das Postulat wird erheblich erklärt.

99. Überparteiliche Interpellation 20180302, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Dana Augsburger-Brom, Fraktion SP/JUSO, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, Sandra Gurtner-Oesch, Fraktion GLP, Pascal Bord, Fraktion PRR, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, «Arbeitsausfälle durch längere Krankheit in der Stadtverwaltung»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 24)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Sprenger Titus, Passerelle: Der Gemeinderat hat sich bemüht, den Vorstoss ausführlich zu beantworten. Die angeführte Auswertung liefert aber nur bedingt weitere Informationen zu den gestellten Fragen. Das ist auf das Fehlen eines gesamtstädtischen Zeiterfassungssystems zurückzuführen. Zudem können auch aufgrund des grossen Aufwands und aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes keine genaueren Daten erhoben werden. Auch werden Abwesenheiten erst ab 30 Tagen der Abteilung Personelles gemeldet bzw. sind erst ab dann bekannt. Trotz dieser Einschränkungen ist das Ergebnis der Auswertung besorgniserregend. Die Frauenquote, aber auch die Verteilung der Arbeitsausfälle in den Direktionen und die Dauer der Ausfälle sprechen eine klare Sprache. Dass in der Direktion für Bildung, Kultur und Sport (BKS) die Ausfallquote überdurchschnittlich hoch ist, kann nicht nur mit der Grösse der Direktion und den Tätigkeitsbereichen wie Pflege oder Schulen erklärt werden. Auch die Bau-, Energie- und Umweltdirektion (BEU) oder die Direktion für Soziales und Sicherheit (DSS) haben Tätigkeitsfelder mit beschwerlichen Berufen. Die Vollzeitäquivalenzen der BEU und DSS sind höher als die der BKS. Ausfälle müssten in einem ähnlichen Rahmen liegen, sind aber bei BEU und DSS deutlich geringer. Die BKS schert aus. Den Urhebenden scheint es, als ob ein Führungsproblem besteht oder bestand und Frauen davon besonders stark betroffen sind oder waren. Bei Frage 5 nach der Anzahl der aufgelösten Arbeitsverhältnisse hätten die Jahre kumuliert und eine Aussage pro Direktion gemacht werden können, ohne dass der Persönlichkeits- und Datenschutz verletzt worden wären. Auf Nachfrage konnten die Urhebenden die gewünschten Angaben einsehen. Dabei wurde leider wiederum festgestellt, dass 31 der insgesamt 39 Kündigungen nur bei einer Direktion aufgrund von längeren Ausfällen zwischen 2016 und 2018 erfolgt sind. Auch diese Zahlen sind besorgniserregend. Einigkeit besteht lediglich darüber, dass ein guter Service public nur sichergestellt werden kann, wenn die Mitarbeitenden unter guten und fairen Bedingungen ihre Aufgaben erfüllen können. Die Stadtverwaltung als moderne Arbeitgeberin sollte alles daran setzen, eine vorbildliche Kultur vorzuleben, welche Diskriminierung unterbindet und Missstände früh erkennt. Ausfälle, über längere Zeit schwelende Konflikte und Kündigungen führen zu «Braindrain» und zu Überlastung. Leitende Mitarbeitende sind deshalb nicht nur fachlich gefordert, sondern auch hinsichtlich ihrer sozialen und kommunikativen Kompetenzen. Es muss ein möglichst gutes Arbeitsklima herrschen, welches bei Bedarf ein rasches Eingreifen ermöglicht. Das Case Management ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht jedoch nicht aus. Es sind weitere griffige Massnahmen notwendig, um die Mitarbeitenden vor Belästigung und Mobbing zu schützen. Darüberhinaus sind Massnahmen auf Führungsebene, wie etwa ein gezieltes Monitoring, gefragt. Aus diesem Grund reichen die InterpellantInnen heute ein Postulat ein, welches die Prüfung von Massnahmen in den Bereichen Prävention und Intervention verlangt. Die InterpellantInnen sind von der

Antwort des Gemeinderats befriedigt, von der geschilderten Situation aber selbstverständlich nicht.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Selbstverständlich ist auch der Gemeinderat mit den Resultaten der Auswertung nicht zufrieden. Grundsätzlich ist jeder vermeidbare längere Krankheitsfall einer zuviel. Nicht jeder Ausfall durch Krankheit ist aber auf ein Versäumnis des Arbeitgebers zurückzuführen. Es ist immer schwierig, die Hintergründe aus einer Statistik herauszulesen. Die Stadtverwaltung hatte lange sehr wenig Möglichkeiten, quantitative und qualitative Erhebungen durchzuführen. Das neue elektronische Zeiterfassungssystem «Fiori» läuft seit 1. Mai 2019. Im Stadtrat wird übrigens nicht gestempelt, egal wie lange die Sitzung dauert. Die Auswertungen dürften mit dem neuen Zeiterfassungssystem wesentlich schneller vorliegen, ohne allerdings mehr zu den Abwesenheitsgründen aussagen zu können. Das Case Management, das zusammen mit der Krankentaggeldversicherung eingeführt wurde, hilft bei der Erhebung der Gründe. Länger dauernde Krankheitsfälle lassen sich leider nicht vollständig vermeiden. Das Case Management soll vor allem für eine rasche Wiedereingliederung sorgen. Die Wahrscheinlichkeit einer Rückkehr an den Arbeitsplatz nimmt, vor allem bei psychosomatischen Leiden, bei längerer Abwesenheit kontinuierlich ab. Dem soll mit einer entsprechenden Kultur und Unterstützung der betroffenen Personen entgegengewirkt werden. Die Arbeitsbelastung ist nur ein Faktor, täglicher Stress führt nicht zwangsläufig zu einer Krankheit. Insgesamt ist die Situation in der Stadt Biel nicht alarmierend. Die Krankheitsgründe müssen in jedem Einzelfall eruiert werden. Im Moment fehlt dazu noch die Möglichkeit. Wir sind aber dabei, dies zu ändern.

100. Interpellation 20180305, Urs Scheuss, Grüne, «Rückgang der Parkkarten für Anwohnende: Welche Konsequenzen zieht der Gemeinderat»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 25)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Scheuss Urs, Grüne: Wie in anderen Kantonen gilt auch im Kanton Bern eine Parkplatzerstellungspflicht. Bei Neubauten muss eine gewisse Anzahl privater Autoabstellplätze geplant werden, um zu verhindern, dass in den Quartieren auf öffentlichen Plätzen parkiert wird. Gleichzeitig haben die Anwohnenden die Möglichkeit, von der Gemeinde Parkkarten zu beziehen, welche ihnen das Parkieren auf öffentlichem Grund in der Nähe ihrer Wohnung erlauben. Diese Anwohnenden-Parkkarten sind deutlich billiger als die Miete für einen privaten Abstellplatz. Die Folge: Private Abstellplätze bleiben leer und es wird trotz Parkplatzerstellungspflicht in den Quartieren parkiert. Hinzu kommt, dass die entgangene Parkplatzmiete teilweise auf die Wohnungsmiete geschlagen wird. Um diesem Missstand zu begegnen, hat die Stadtverwaltung Biel 2014 begonnen, die Praxis für die Abgabe der Anwohnenden-Parkkarten zu ändern. Beispielsweise müssen AnwärterInnen für eine Anwohnenden-Parkkarte belegen, dass kein privater Parkraum zur Verfügung steht. Diese Bestätigung stellt die Immobilienverwaltung aus, die ein Interesse an der Vermietung der privaten Parkplätze hat. Die Massnahme ist sehr wirksam. Die Anzahl der ausgestellten Parkkarten ist seit 2014 von rund 6'000 um zwei Drittel auf weniger als

2'000 gesunken. Damit wird Raum frei für andere Nutzungen zur Belebung der Quartiere. Die neue Praxis in Biel hat schweizweit Interesse wachgerufen. Ich hatte Anrufe aus Zürich. In Basel-Stadt wurde ein Vorstoss eingereicht, der vom «Bieler Modell» spricht. Meines Wissens wurde das Vorgehen in Biel auch schon im Städteverband thematisiert. In einer der nächsten Ausgaben des VCS-Magazins ist ein Beitrag geplant. Es freut mich, dass der Gemeinderat erkannt hat, dass dadurch Raum für andere Nutzungen frei wird. Es fehlen aber Vorschläge dazu, wie dieser Raum genutzt werden kann. Ich wünsche mir vom Gemeinderat ein entsprechendes Konzept.

101. Motion 20180327, Cécile Wendling, FDP, «Busseneinnahmen: Realitätsgetreue Budgetierung»

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 26)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Wendling Cécile, FDP: Das Hauptanliegen der vorliegenden Motion ist gemäss der Beantwortung des Gemeinderats bereits erfüllt. Das neue Vorgehen für die Budgetierung geht tatsächlich in die richtige Richtung. Insofern bin ich mit der Beantwortung zufrieden. **Ich ziehe deshalb die vorliegende Motion zurück.**

102. Postulat 20180368, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Stopp dem Transit-Schwerverkehr auf der Ost-WestAchse durch die Stadt Biel»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 27)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO: Neben der Stadtratssitzung habe ich am Donnerstagabend noch weitere Hobbys. Ich treffe mich jeweils mit einer Kollegin zu einem Longjog am See. Ich laufe von meinem Zuhause die Seevorstadt entlang bis zum Strandboden. Jedes Mal staune ich über die zahlreichen Camions auf der Achse Seevorstadt, darunter viele ausländische Speditionen. Die allermeisten davon haben wohl kaum Waren in Biel abgeliefert. Anlässlich des Spatenstichs 2007 für den Bau des A5-Ostastes sagte der damalige Stadtpräsident, Hans Stöckli Folgendes: *«Mit der Autobahnumfahrung erhält die Stadt Biel ein lang erkämpftes Stück Lebensqualität. Die Bielerinnen und Bieler freuen sich auf eine Stadt ohne Transitverkehr und eine noch bessere Erschliessung.»* Genau diese Entlastung funktioniert erst ansatzweise. Zwar lässt sich eine Entlastung feststellen, aber der kürzeste Weg führt eben durch die Stadt. Viele Camions fahren deshalb nach wie vor durch das Zentrum. Dass sie damit Einfluss auf die Lebensqualität der Bewohnenden nehmen, ist ihnen wahrscheinlich egal, wenn sie sich damit ein Stück Weg ersparen können. Uns im Stadtrat darf dies aber nicht egal sein. Der Westast ist nicht die einzige Lösung, wie die Antwort des Gemeinderats zum vorliegenden Postulat zeigt. Kreative Lösungen sind gefragt und sicher auch möglich. Es geht mir nicht um eine Schikane der Spediteure, welche in Biel Waren

anliefern. Diejenigen aber, welche unsere Stadt als Abkürzung ohne Rücksicht auf die Anwohnenden nutzen, müssen dazu gebracht werden, den A5-Ostast zu benützen. Ich begrüsse den Vorschlag des Gemeinderats, eine Analyse durchzuführen. Ich hoffe, dass damit Massnahmen gefunden werden, um den Transitverkehr der Lastwagen auf der Nordachse einzudämmen. Auf dass das Versprechen des damaligen Stadtpräsidenten endlich wahr wird. Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat, wie vom Gemeinderat beantragt, erheblich zu erklären.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Ich zitiere aus der Antwort des Gemeinderats zum vorliegenden Postulat: «... *ohne den Westast werden die Fahrten durch die Stadt nicht an Attraktivität einbüssen.*» Ich ergänze noch den fehlenden Zusatz «...*und die Anschlüsse im Zentrum...*» (*Gelächter*). Vorab, die Fraktion FDP widersetzt sich dem Antrag des Gemeinderats nicht. Das Ziel des vorliegenden Postulats ist richtig. Ob dieses jedoch mit einer teuren Studie umgesetzt werden kann, ist fraglich. Ich hoffe, dass die rechtlichen Überlegungen in die Verkehrsstudie miteinbezogen werden. Der vorhin zitierte ehemalige Stadtpräsident Hans Stöckli hatte vergessen, den Westast zu erwähnen. Damit die Innenstadt verkehrlich entlastet wird, braucht es den Westast. Nach heutiger Auffassung sind für eine wirkungsvolle Entlastung auch die Anschlüsse in der Innenstadt notwendig.

Widmer Patrick, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: En lisant ce postulat, je me demande s'il s'agit de mettre des pierres d'achoppement supplémentaires afin que toutes les possibilités soient réunies pour empêcher la construction de l'A5. Ne serait-il pas mieux de penser ensemble à des solutions pour le futur? Je crois que, comme l'a dit notre collègue Monsieur Bohnenblust, plus vite on terminera l'A5 avec les raccordements prévus, plus vite cette Ville sera délestée. Si on regarde le résultat du contournement Est, on peut constater qu'il n'y a presque plus aucun camion qui circule à l'est de la Ville. On peut donc constater une nette amélioration.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Wir möchten alle, dass der Transit-Schwerverkehr nicht durch das Stadtzentrum rollt. Das Anliegen leuchtet ein, ist jedoch nicht einfach umzusetzen. Als die Beantwortung des vorliegenden Postulats bearbeitet wurde, fragte ich mich, warum nicht schon lange Verbotsschilder für den Transitverkehr angebracht worden sind. Ich musste mich belehren lassen, dass es solche Verbotsschilder gar nicht gibt. Falls es sie gäbe, wäre ein solches Verbot schwer zu überprüfen. Der Transitschwerverkehr kann nur mit einem harten Fahrverbot für den gesamten Schwerverkehr eingedämmt werden. Was macht nun ein Chauffeur zum Beispiel vor einem Verbotsschild für den Schwerverkehr an der Mühlebrücke? (*Zwischenrufe*). Genau, er flucht vielleicht zuerst einmal, vielleicht ignoriert er das Schild auch einfach und fährt weiter. Wenn nicht dort, fährt der Camion jedoch auf jeden Fall auf einem anderen Weg durch die Stadt. Vielleicht fährt er durch die Zentralstrasse auf den Zentralplatz oder er zweigt auf dem Neumarktplatz ab. Für Anlieferungen muss ein sinnvoller Zugang gewährleistet sein. Im Spannungsfeld des berechtigten Anliegens beantragt der Gemeinderat, das Postulat erheblich zu erklären und eine genaue Analyse vorzunehmen. Vielleicht wird anschliessend keine vollständige Lösung gefunden, aber doch zumindest eine Teillösung. Dem Ziel, den Transitverkehr auf eine übergeordnete Achse zu lenken, möchte der Gemeinderat möglichst nahe kommen.

Gugger Reto, BDP: Falls das Postulat erheblich erklärt und das Anliegen geprüft wird, habe ich eine Bitte an die Baudirektorin: Besteht die Möglichkeit, die Route über den Ostast und später eventuell über den Westast auf den Navigationssystemen der Camionneure anzuzeigen? Vielleicht kann mit Google oder anderen Anbietern eine solche Lösung gefunden werden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

103. Interpellation 20180373, Reto Gugger, BDP, «Verkehrssituation bei Grossdemonstrationen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 28)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Gugger Reto, BDP: Ich nehme zur Kenntnis, dass Störungen für Unbeteiligte durch Grossdemonstrationen anscheinend nicht verhindert werden können.

104. Interpellation 20180374, Pascal Bord, PRR, «Warum hat der Gemeinderat einer sympathischen Tradition der Feuerwehr ein Ende gesetzt?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 29)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Bord Pascal, PRR: C'est une affaire qui n'est pas centrale mais qui est importante au sein du corps des sapeurs-pompiers. Nous parlons d'une fête qui a lieu tous les deux ans de tous les pompiers, surtout de milice, de toute la région. Tous les nouveaux camions avaient l'habitude d'être baptisés selon une vieille tradition de Sainte-Barbe, qui est la patronne des pompiers, des mineurs et des artilleurs. Ils recevaient le nom d'une femme, et ainsi plusieurs femmes personnalités de la Ville ont eu le privilège d'être marraines de camions. Il s'agit d'un événement qui ne coûtait rien, sauf un bouquet de fleurs, et qui apportait une note positive à tous les pompiers. Ce ne sont pas les pompiers professionnels qui sont venus se plaindre auprès de moi, mais différents pompiers miliciens. Le Commandant était bien embêté car il n'a pas pu expliquer la raison de la fin de cette sympathique tradition, mais juste évoquer l'exécution d'un ordre qu'il a reçu. La réponse à l'interpellation est relativement claire. Cette décision ne relève pas de la compétence du Conseil municipal, mais de celle de la Direction de la sécurité. Cela fait un moment que le dossier ne bouge pas et il n'y a pas de réponse satisfaisante à part: *«Passez votre chemin, il n'y a rien à voir!»*. Je trouve cela un peu léger, témoignant d'un vrai manque de respect pour ces miliciens qui s'investissent dans leur job. J'espère que le dossier va avancer, ou alors il se peut qu'un postulat soit plus efficace pour faire bouger les choses.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Herr Bord, ich kann Sie beruhigen. Der Gemeinderat sieht nicht vor, die erwähnte Tradition abzuschaffen. Der einzige Diskussionspunkt ist die Erweiterung der Tradition. Die Fahrzeuge wurden jeweils auf einen Frauennamen getauft. Im Rahmen der Stärkung der Quartierarbeit wird eine zusätzliche Patenschaft der Quartiere geprüft. Die Fahrzeuge würden jeweils zusätzlich einem Quartier zugesprochen. Vor allem für Kinder von MigrantInnen könnten so Brücken gebaut werden.

Widmer Patrick, UDC: Je me permets de prendre la parole car je suis pompier et cette histoire me touche particulièrement. Il y a des traditions qu'il ne faut pas changer et je me demande surtout pourquoi changer des traditions qui ne coûtent rien et ne gênent personne, mais qui apportent beaucoup de stabilité. Si on souhaite mettre le nom d'un quartier, j'ose imaginer les coûts que cela va engendrer. Le corps des sapeurs-pompiers possède 26 camions et il va donc falloir rebaptiser les quartiers de la Ville! Sachant que certaines marraines sont des personnalités actuelles, comme Mesdames Schwickert et Steidle, je n'ose pas imaginer la cérémonie d'enterrement! (*rires dans la salle*) Pour revenir sur une discussion plus sérieuse, on parle de personnes, engagées professionnellement ou à titre bénévole, auxquelles on enlève une tradition importante. C'est comparable avec le fait de ne plus baptiser un bateau. Cela signifierait qu'il ne sera pas mis à l'eau et donc, si les nouveaux véhicules ne sont plus baptiser, peut-être que les pompiers décideront de ne plus intervenir! Si tous les pompiers, qui ont déjà beaucoup d'heures supplémentaires, devraient encore se mettre à disposition pour aller faire des fêtes de quartiers, cela serait un non-sens. Il y a d'ailleurs une journée portes ouvertes de la caserne le 30 mai prochain, à laquelle tout le monde est bien évidemment invité et qui vous donnera l'occasion de contempler tous les véhicules, même les non-baptisés.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Alte Fahrzeuge umzutauften, ist nicht vorgesehen. Es geht um neue Fahrzeuge. Die erwähnte Erweiterung der Patenschaft ist noch offen und wird im Moment diskutiert. Bedingung ist, dass die Kapazitäten der Feuerwehrleute nicht beeinträchtigt werden.

105. Überparteiliche Interpellation 20180332, Dana Augsburger-Brom, SP, Peter Heiniger, PdA, «Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 30)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Heiniger Peter, PdA: Die Kontrolle von Subunternehmen muss gewährleistet sein. Als Bauherrin hat die Stadt Biel die Pflicht, die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Grundlagen zu überprüfen. Die Situation wird undurchschaubar, wenn der Gemeinderat nicht in der Lage ist zu informieren, wie und wieviele Subunternehmen an öffentlichen Aufträgen beteiligt sind. Eine Kontrolle ist somit gar nicht möglich. Die InterpellantInnen verlangen deshalb Remedur und werden einen entsprechenden Vorstoss einreichen.

Frank Lena, Grüne: Ich nutze die Gelegenheit, um kurz aus meinem Berufsalltag zu informieren. Ich bin Mitglied der Sektorleitung Bau bei der Unia. Diese Woche wurde in den Medien über das neue Informationssystem Allianz Bau (ISAB) informiert. Die Sozialpartner des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes haben dieses ausgearbeitet, um gegen Lohndumping vorzugehen. Das Ziel des neuen Systems ist die Förderung des fairen Wettbewerbs, indem Transparenz über die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge (GAV) geschaffen wird. Alle Firmen sollen in das neue System aufgenommen werden. Die Bauherrschaft erhält Zugriff auf die Daten und sieht, ob die Firmen den GAV eingehalten haben. Die Firmen können die Aufnahme ihrer Daten natürlich verweigern. Nicht vorhandene Daten sind aber auch eine Information. Das neue System ist sowohl öffentlichen als auch privaten Bauherrschaften zugänglich. Ab Ende Jahr sollte das neue System funktionieren. Ich bin gespannt auf dessen Auswirkungen und überzeugt, dass die abrufbaren Daten ein wirksames Mittel gegen Lohndumping darstellen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Herr Heiniger hat die fehlende Auflistung der Subunternehmer bei den Verpflichtungskrediten der Stadt Biel über die letzten drei Jahre kritisiert. Sollen diese jeweils erfasst werden, beschäftigt sich eine Person ausschliesslich damit. Wichtiger ist jedoch die Frage nach der Haftung und der Kontrolle. Wie im vorliegenden Bericht dargelegt, handhabt dies die Stadtverwaltung so wie andere schweizerische Städte auch. Jetzt kommt mit dem von Frau Frank erwähnten Informationssystem ISAB ein weiteres Instrument hinzu. Ich denke, dass dieses eine zusätzliche Sicherheit bei Vergaben gewährleistet.

106. Überparteiliche Interpellation 20180419, Pascal Bord, PRR, Glenda Gonzalez, PSR, «Sind die Direktionsstellen der städtischen Unternehmungen Deutschsprachigen vorbehalten?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 31)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Bord Pascal, PRR: Les chiffres mentionnés au point 1a de la réponse du Conseil municipal font peur. Par contre, la partie qualitative de la réponse me satisfait. Il y a plusieurs communications de la part du Conseil municipal par rapport aux cadres et l'égalité des chances pour les romands comme pour les femmes. J'espère que cela ne reste pas au niveau des annonces, mais que les mesures puissent être mises en oeuvre afin de constater prochainement des changements. Lorsque la Ville arrivera à une part de 30% de francophones, j'offre volontiers une bouteille de vin au Maire en signe de remerciement d'avoir abouti à ce résultat.

Gonzalez Glenda, PSR: Je remercie le Conseil municipal de la réponse précise au point 1 qui, au niveau des chiffres, fait effectivement un peu peur. Toutefois, cette transparence nous permet aujourd'hui d'en parler et de constater malheureusement une réalité qui, on peut le supposer, a des effets au niveau des directions. Si une direction est majoritairement germanophone, on peut s'attendre à ce que le recrutement de personnes francophones soit un peu plus compliqué. Il n'est pas question, aujourd'hui, d'exiger des quotas fixes, mais de s'assurer qu'au moins la

représentation au niveau des cadres des entreprises de la Ville de Bienne soit considérée comme équitable par la population francophone. Le PSR remercie le Conseil municipal pour sa réponse transparente à cette question, mais également pour les mesures prises et les prises de position très claires au niveau de la Ville de Bienne. Nous espérons, toutefois, que les mesures auront un effet rapide et que nous pourrions bientôt constater l'arrivée de collaborateurs et collaboratrices francophones dans les entreprises municipales.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich will keine Ausführungen zu Zahlen und Fähigkeiten anbringen. Ich zitiere nur den letzten Satz aus der Antwort des Gemeinderats: *«...oder ob diese vielmehr unter bestimmten Umständen auch für städtisch subventionierte kulturelle oder soziale Organisationen greifen muss.»* Dieser Satz ist mir in den falschen Hals geraten. Ich erinnere daran, dass diese Institutionen viel Freiwilligenarbeit leisten. Leute für diese zu gewinnen, ist nicht einfach, das weiss ich aus eigener Erfahrung. Wenn die Sprachverteilung ausgeglichen ist, ist das umso besser, es sollte aber kein Zwang ausgeübt werden.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ein ganz wichtiges Anliegen ist die angemessene Vertretung sowohl der Romands als auch der Frauen im Kader der Verwaltung und in städtischen Unternehmen und Institutionen. Der Gemeinderat ist fest davon überzeugt, dass eine zweisprachige Stadt eine angemessene Vertretung beider Kulturen benötigt. Der Gemeinderat ist ebenfalls überzeugt, dass gemischte Gruppen bessere Ergebnisse erzielen als monokulturell oder monogeschlechtlich zusammengesetzte Führungsgruppen. Bei Unternehmen sind aber manchmal fachliche Qualifikationen gefordert. Es ist nicht immer einfach, die verschiedenen Anforderungen in Einklang zu bringen. Der Gemeinderat will keinesfalls die verschiedenen Anforderungen gegeneinander ausspielen. Deshalb hat er in einer ersten Aussprache Kriterien und Regeln festgelegt. Herr Bohnenblust, der Gemeinderat hat noch nicht entschieden, auf welcher Stufe diese Regelung zur Anwendung kommt. Die Freiwilligenarbeit wird dabei nicht berücksichtigt, obwohl selbstverständlich auch im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements eine sprachliche Durchmischung erwünscht ist. Der Gemeinderat denkt aber vor allem an grössere städtische Institutionen wie beispielsweise das Theater Orchester Biel Solothurn (TOBS) oder die Stadtbibliothek. Diese erhalten zum Teil hohe Beiträge von der Stadt. Freiwilligenarbeit in Vereinen ist aber davon ausgenommen.

107. Dringliche Interpellation 20190057, Muriel Günther, SP, Levin Koller, JUSO, Miro Meyer, JUSO, «Umschwung bzgl. SV17/STAF/USR IV: Ist die Finanzdirektorin noch glaubwürdig?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 32)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Günther Muriel, SP: Am Sonntag wird über das Bundesgesetz vom 28. September 2018 über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) abgestimmt, das unsere Zukunft bedroht. Dessen Annahme würde zu Steuerausfällen in der Höhe von CHF 2 Mia. führen. Dieses Geld wird in den Kassen des Bundes, der Kantone und der

Gemeinden fehlen. Die Vorlage ist alter Wein in neuen Schläuchen und ein Wolf im «AHV-Schafspelz». Wir wollen und können keine weiteren Abbaumassnahmen ertragen. Jede Unternehmenssteuersenkung wird auf dem Rücken der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen. Wir stecken das nicht einfach so weg! Dieses Geld, welches den Konzernen geschenkt werden soll, fehlt in der Bildung und der Kinderbetreuung über welche gestern ausführlich diskutiert wurde (Postulat 20180299, Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP/JUSO, «Genügend Kinderbetreuungsplätze»). Geld fehlt aber auch für die Infrastruktur und das Gesundheitswesen. Nicht zuletzt fehlt es auch bei den Frauen, weil diese überproportional oft im Service public arbeiten. Aufgrund der Senkung der Unternehmenssteuern fehlt schlussendlich Geld im globalen Süden. Jeder in der Schweiz eingenommene Steuerfranken von Grosskonzernen ist gestohlen, da sich die Länder im Süden keine so tiefen Unternehmenssteuern leisten können. Der internationale Steuerwettbewerb bedeutet Raubzug in den Ländern des globalen Südens und muss gestoppt werden. Jetzt habe ich 80 Sekunden lang über eine nationale Abstimmungsvorlage gesprochen und das auch noch wegen einer lächerlichen Interpellation. Manche von Ihnen haben sich aufgeregt, wieso hier im Bieler Stadtrat darüber diskutiert wird und nicht über die heissgeliebten Verkehrsampeln! Liebe Stadtratsmitglieder, ich finde, dass wir weiterdenken müssen. Wir leben nicht in einer isolierten Blase und sind von kantonalen, nationalen und internationalen Geschehnissen betroffen. Dementsprechend ist es unsere Pflicht als gewählte VolksvertreterInnen, Geschehnisse auf übergeordneter Ebene in unsere Überlegungen miteinzubeziehen. Die Bieler Finanzdirektorin setzt sich sehr öffentlichkeitswirksam für die Vorlage ein, obwohl die arbeitende Bevölkerung und nicht zuletzt die Stadt Biel verlieren werden. In seiner Beantwortung schreibt der Gemeinderat: *«Die Gespräche bei Bund und Kanton haben gezeigt, dass ein Kompromiss in Sinne der Gemeinden möglich ist»*. Verweist der «Kompromiss im Sinne der Gemeinden» auf die Kompensationszahlungen? Biel braucht keine Kompensationszahlungen vom Kanton, sondern anständige Steuereinnahmen. Gerade wird das genaue Gegenteil getan und die Unternehmenssteuern werden gesenkt. Wer bezahlt am Schluss die Quittung? Es sind nicht die Unternehmen, sondern die arbeitende Bevölkerung. Für jeden Franken, der den Konzernen in Form von Steuererleichterungen geschenkt wird, muss mit einem Abbau bezahlt werden. Dieser Abbau wird Schmerzen bereiten. Frau Steidle, sagen Sie mir, wo dieser Abbau nicht schmerzen wird, wo wir auf Stellen, Dienstleistungen und Infrastruktur verzichten können? Erklären Sie das doch auch gleich der Bieler Bevölkerung. In den Medien sagen Sie, dass die Steuervorlage zu einer Harmonisierung zwischen den Kantonen führe. Dividenden würden auf kantonaler Ebene mit mindestens 50% besteuert. Bis jetzt hatten aber nur 4 Kantone einen Dividendensteuersatz unter 50%. Diese Steuervorlage bringt keine Verbesserung für die Menschen. Am Schluss bezahlen alle. Die InterpellantInnen sind nicht befriedigt von der Antwort des Gemeinderats.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: En principe, le Groupe UDC/Les Confédérés n'intervient pas sur les interpellations, mais il doit le faire dans ce cas. Notre groupe considère la Directrice des finances comme crédible, car il y a une différence à faire entre s'exprimer au nom de l'Exécutif biennois ou à titre privé respectivement par le biais d'un autre mandat. J'invite donc les jeunes interpellant(e)s à se repencher sur la manière dont fonctionne un Exécutif avant de lancer ce type d'interpellation. Cela nous fera gagner du temps.

Grupp Christoph, Grüne: Die Finanzdirektorin hat sich verdankenswerterweise seinerzeit bei der Unternehmenssteuerreform III sehr für die Stadt Biel eingesetzt. Schlussendlich wurde der Schaden durch das Scheitern der Vorlage an der Urne abgewendet. Damals war die Betroffenheit der Stadt Biel unbestritten. Der Auftritt der Finanzdirektorin erfolgte nach Absprache mit dem Gemeinderat und war offiziell. Bei der aktuellen Unternehmenssteuervorlage ist die Betroffenheit der Stadt Biel nicht kleiner als damals. Die Verluste, welche durch die neue Vorlage auf die Stadt Biel zukommen, sind noch nicht genau bezifferbar. Der Steuersatz wird im Gesetz nicht festgelegt und die Höhe der Kompensationszahlungen des Bundes an den Kanton respektive die Gemeinden ist nicht klar. Nachdem wir also weder wissen, wie gross die Ausfälle noch die Kompensation sein werden, bleibt ebenfalls offen, wie gross die Auswirkungen beispielsweise der Patentboxen sind. Höchstwahrscheinlich bedeuten diese Neuerungen weitere Steuereinsparungen für die Stadt Biel. Bei dieser Ausgangslage ist mir unverständlich, wieso die Betroffenheit der Stadt Biel den Gemeinderat nicht dazu bewogen hat, eine gemeinsame Position zu erarbeiten. Der Gemeinderat muss sich in die Pflicht nehmen – andernfalls muss der Stadtrat klar regeln, bei welcher Art der Betroffenheit der Gemeinderat eine gemeinsame Position vertritt.

Vlaiculescu-Graf Christiane, au nom du Groupe PSR: Cette interpellation urgente pose des questions importantes. Oui, des investissements importants ont été consentis et devront encore l'être pour que Bienne soit une ville qui donne envie de s'y installer et qu'elle le reste. La politique financière défendue par la Loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA) met clairement les finances de la Ville de Bienne en danger. Concernant la réponse du Conseil municipal à la troisième question de l'interpellation, on se demande si la Ville de Bienne n'accepte pas tout ce que Berne chante. On entend dire qu'il devrait y avoir des compensations, mais personne ne sait si cela sera le cas. Nous devons attendre, mais entre temps, des décisions d'investissement doivent être prises pour que la Ville de Bienne reste une ville où il fait bon s'y installer et y rester. Oui, le mot «promesse de compensation» est un mot problématique tant que nous ne disposons pas de promesse écrite le Groupe PSR regrette vivement que la Ville et la population soient ainsi prises en otage.

La réponse à la première question nous semble frileuse: *«La directrice des finances exécute son mandat politique dans l'intérêt de la Ville de Bienne»*. Il est aussi dit que le Conseil municipal n'a pas encore pris position sur l'objet fédéral de la RFFA, mais qu'il le fera dans le cadre de la procédure de consultation portant sur la nouvelle adaptation de la Loi sur les impôts (LI; RSB 661.11), en particulier concernant les mesures compensatoires prévues par le projet fiscal en faveur des collectivités publiques. En français on dit: «Qui ne dit mot, consent!». Comment un conseil municipal ne peut-il pas tenir compte d'un vote clair et sans contestation possible qui date de 2017? Comment peut-il ne pas réagir face à cette volonté cantonale de faire supporter la responsabilité de cette politique financière par les communes? Pas plus tard qu'hier, nous avons entendu que la Ville de Bienne devra payer deux personnes pour contrôler les bons de gardes des crèches, alors que le Canton se chargeait de cette tâche jusqu'à maintenant. Berne semble avoir beau jeu, étant en fait une double capitale, cantonale et fédérale. Bienne est la gentille petite soeur qui va se débrouiller. Voilà quelques réflexions au sujet de cette interpellation urgente que le Groupe PSR soutient.

Briechle Dennis, GLP: Ich habe eine Frage an den Gemeinderat und ich hoffe, dass er sie spontan beantworten kann: Im Rahmen der Revision der Stadtordnung (SO; SGR 1.0-1) wurde auch das Thema der Doppelmandate wieder aufgegriffen (20160091 «Totalrevision der Stadtordnung»). Dabei kam die Frage der Interessenkonflikte auf. Unter Umständen können die Interessen der Parteien mit denjenigen der Stadt divergieren. An der Informationsveranstaltung hat der Gemeinderat vollmundig und überzeugt erklärt, dass er im Konfliktfall, beispielsweise im Grossen Rat, die Interessen der Stadt Biel vertreten würde. Wenn dies im Grossen Rat so sein soll, weshalb dann nicht im Rahmen der Konferenz der kantonalen FinanzdirektorInnen (FDK)? Es ist doch eindeutig, dass der Kanton Bern, der kaum Unternehmen mit Pauschalbesteuerung hat kein Interesse an dieser Vorlage hat. Die aktuelle Vorlage ist für Kantone, welche dieses Instrument extensiv angewendet haben. Es kann nicht in unserem Interesse sein, deren Probleme mit dieser Vorlage zu lösen.

Steidle Silvia, directrice des finances: Je vous remercie pour cette discussion importante. Ce n'est pas ridicule, Madame Günther, au contraire, les questions que vous posez ont beaucoup de sens et je souhaiterais y répondre de manière complète. Cette votation est d'actualité. Le Peuple devra se prononcer ce dimanche et il est donc le moment de rappeler certains éléments. Les villes suisses se sont toutes prononcées à l'unanimité en faveur de ce projet de loi, en raison de la clause communale qui assure la rétrocession de la part cantonale à l'impôt fédéral direct aux communes. La nouvelle loi prévoit également une certaine harmonisation. Ce n'est pas celle que les villes souhaitaient car elles voulaient des quotas plus importants, notamment pour ce qui est de l'imposition des dividendes. Vous l'avez vu dans les interviews que j'ai données, c'est pour moi un début et nous comptons continuer d'aller dans ce sens avec mes collègues des autres villes. Nous réfléchissons également à d'autres clauses communales qui pourraient être introduites dans les prédispositions de la Confédérations et qui concernent les cantons. La Confédération a montré plus de transparence dans son projet, et elle a assuré aux villes qu'elles pourront participer à l'élaboration des ordonnances. C'est la raison pour laquelle les villes soutiennent cette réforme.

108. Dringliche Interpellation 20190058, Daniel Suter, PRR, «Baustelle vs. Strassencafés»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 33)

Der Interpellant von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Suter Daniel, PRR: Je remercie le Conseil municipal pour les réponses données à mon interpellation. Elles sont malheureusement insatisfaisantes. Le Conseil municipal dit que le chantier à la rue du Marché-neuf et à la rue du Général-Dufour n'est pas exceptionnel en comparaison avec d'autres chantiers de construction au centre-ville. Le démarrage du chantier, initialement prévu en automne 2018, a eu lieu au mois de mars 2019 seulement. En raison d'une procédure judiciaire, le chantier sur le carrefour entre la rue du Général-Dufour et la rue du Marché-Neuf a été retardé. L'Administration n'était en rien empêchée de prévenir les gérants des établissements jouxtant ce carrefour qu'ils peuvent exploiter leurs terrasses dans des conditions normales pendant

l'été. En invoquant le mauvais état des rues pour motiver l'urgence du chantier, le Conseil municipal se discrédite. En réalité, si le projet avait été présenté un an plus tard, ce carrefour aurait continué à fonctionner comme toujours, c'est-à-dire tout à fait correctement. Non, c'est l'exemple type du fonctionnement d'un appareil politico-administratif qui réalise son programme sans égards pour les pertes qu'il engendre, tel un rouleau compresseur, c'est le cas de le dire. Car pertes il y aura! Aujourd'hui, entourées de machines de chantier avec le bruit, les odeurs et les poussières, les terrasses sont désertées et les établissements concernés en souffrent. Ces établissements auraient été contactés avant le début du chantier? Oui, pour les informer que toute discussion sur un report était exclue. Les nuisances inévitables dues à l'exécution des travaux devraient-elles légalement être tolérées par les riverains? Peut-être, mais dans ce cas, elles étaient clairement évitables. Une fois les travaux terminés, seront-ils profitables aux commerces du coin? On verra, mais ce n'est pas la question puisqu'on parle du moment de l'ouverture et de la durée du chantier. D'ailleurs, comme nous l'avons déjà constaté dans d'autres circonstances, le nouvel aménagement de ce carrefour va encore entraîner la perte de quatre places de stationnement en surface, vitales pour les commerces du centre-ville. Ce ne sont pas les deux places prévues sur le trottoir le long de la rue du Marché-Neuf qui pourraient les remplacer. En réalité, ça se passe ainsi avec chaque aménagement de rue. L'objectif manifeste est d'empêcher le plus possible le trafic individuel motorisé en Ville de Bienne. Il est urgent de s'en rendre compte et de réagir. Maintenant, on ne peut que souhaiter bon courage aux gérants concernés et espérer qu'ils tiennent le coup jusqu'à la fin du chantier.

109. Postulat 20180369, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Sofortige Umsetzung der Fussgänger/innen- und Veloverbindung Gartenstrasse (fehlendes Teilstück)»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 34)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Strobel Salome, SP: Die Thematik der Gartenstrasse muss ich an dieser Stelle nicht lange erläutern. Ich bin froh, dass der Gemeinderat gewillt ist, die letzten notwendigen Schritte zu machen, um das fehlende Teilstück fertigzustellen. Wie oft wurde dies aber schon versprochen? Eigentlich sollte der Weg längst befahrbar sein. Das Postulat jetzt schon abzuschreiben, gefällt mir deshalb nicht. Der Vorstoss ist erst nach erfolgter Erschliessung abzuschreiben. **Ich beantrage deshalb, das Postulat** erheblich zu erklären und **nicht abzuschreiben**.

Rochat Julien, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Pour le Groupe UDC/Les Confédérés, il n'est pas nécessaire de mettre plus de pression sur le Conseil municipal car le projet a déjà été décidé il y a longtemps. Nous estimons que de mettre encore plus de pression sur le Conseil municipal ne fait qu'alourdir la paperasserie et, par conséquent, retarder encore plus ce projet. À notre avis, le projet favorise clairement la bonne cohabitation entre le trafic rapide et le trafic lent. Toutefois, ce projet suit son cours et son avancement dépendra des différents propriétaires et du projet de l'Aire

Schnyder. Pour ces raisons, notre groupe rejoint l'avis du Conseil municipal d'adopter le postulat et de le radier du rôle comme étant réalisé.

Bohnenblust Peter, FDP: Die FDP unterstützt das Postulat. Ich verstehe Frau Strobel. Ich habe einen Vorstoss zur Aufarbeitung der Thematik eingereicht (20190131 «Unverständliche Unterlassungen: fehlende Verbindung Madretschstrasse–Mattenstrasse »). Das Postulat jetzt noch nicht abzuschreiben erscheint mir sinnvoll. Ich freue mich schon darauf, die Veloverbindung zu befahren.

Pittet Natasha, au nom du Groupe PRR: Le Groupe PRR ne souhaite pas que ce postulat soit radié du rôle car le projet n'est pas encore réalisé.

Abstimmung

- über den Antrag der Postulantin, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Das Postulat wird erheblich erklärt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schlage vor, die Sitzung ohne Pause fortzusetzen und früher zu beenden. Ich sehe, Sie sind damit einverstanden.

110. Postulat 20180370, Dennis Briechle, GLP, «Vervollständigung Gartenstrasse»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 35)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Briechle Dennis, GLP: Im vorliegenden Postulat geht es mehr oder weniger um dasselbe Anliegen wie vorhin, da Frau Strobel und ich den gleichen Anlass zur Einreichung eines Vorstosses hatten, nämlich die Planungsgrundlage für den Bereich Kreuzplatz Nord. Sollte die Fertigstellung der Verbindung Gartenstrasse in der Planung Kreuzplatz Nord nicht mitberücksichtigt werden? Seit den 90-er Jahren ist diese Veloverbindung vorgesehen und noch immer ist sie nicht realisiert. Mich erstaunt, dass der Gemeinderat in seiner Antwort Versäumnisse der Eigentümerschaft erwähnt. Eigentlich liegt das Versäumnis auch bei der Stadt, da sie vergessen hat, die Bauherrschaft auf die Übertragung aufmerksam zu machen. Nun denn, die Eigentumsübertragung wird jetzt nachgeholt. Ist der Eintrag im Grundbuch inzwischen erfolgt, so dass mit der Realisierung begonnen werden kann? Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung, dass die Arbeiten 2020 bis 2021 ausgeführt werden. **Ich beantrage deshalb, das Postulat erheblich zu erklären, aber nicht als erfüllt abzuschreiben.**

Steidle Silvia, directrice des finances: La publication sera visible dès mercredi prochain.

Abstimmung

- über den Antrag des Postulanten, den Vorstoss erheblich zu erklären aber nicht als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Das Postulat wird erheblich erklärt.

111. Postulat 20180367, Salome Strobel, Fraktion SP/JUSO, «Verkehrsschulungsanlage für Alle»

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 36)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Strobel Salome, SP: Ich gebe zu, dass ich enttäuscht bin. Ich habe das Gefühl, der Gemeinderat hat mich nicht verstanden oder will mich nicht verstehen. Die vorliegende Beantwortung liest sich - salopp ausgedrückt - wie «wir haben keinen Bock». In meinem Postulat bitte ich, nach einem geeigneten Ort für eine Verkehrsschulungsanlage zu suchen und ein mögliches Projekt zu prüfen. Auf die Frage nach einem geeigneten Ort geht der Gemeinderat mit keiner Silbe ein. Ein mögliches Projekt wird mit «zu teuer» und «nicht dafür zuständig» abgeschmettert. Geprüft wurde nichts. Ich habe in meinem Postulat keine Anforderungen genannt und es steht nichts von einer riesigen Anlage mit einem riesigen Investitions- und Unterhaltsaufwand. Der Verweis auf die hohen Investitions- und Unterhaltskosten ist deshalb nicht fundiert. Pro Velo führt Velofahrkurse durch und hätte sicher Interesse an einer Anlage. Der E-Bike-Boom führt zu einer höheren Nachfrage nach Velofahrkursen. Wurden beispielsweise Kooperationen mit der Kantonspolizei und Pro Velo geprüft? Darüber steht in der Beantwortung des Gemeinderats nichts. Ich kann den Ausführungen entnehmen, dass der Gemeinderat die Fahrtüchtigkeit der Bevölkerung nicht als staatliche Aufgabe ansieht. Es geht aber um die Sicherheit der Bevölkerung. Die Sicherheit im Strassenverkehr darf dem Gemeinderat nicht egal sein. Es reicht nicht aus, die Kinder während der Schulzeit einmal mit der Kantonspolizei für die Veloprüfung üben zu lassen. Die Polizei kann doch nicht die Aufgabe der Eltern übernehmen! Wenn die Schulkinder im Verkehrsunterricht nicht einmal fähig sind, in der Kurve ein Handzeichen zu geben ohne das Gleichgewicht zu verlieren, können die VerkehrsinstruktorInnen auch nicht weiterhelfen. Das muss vorher in der Freizeit geübt werden und nicht erst im Unterricht. Ich bin früher, selbstverständlich ohne Helm, im Quartier herumgefahren. Aus Angst vor dem Strassenverkehr werden die Kinder heute mit dem Auto zur Schule gefahren, anstatt selber mit dem Velo zu fahren. Mittlerweile empfehlen Schulleitungen, nicht mit dem Velo zur Schule zu fahren, da dies zu gefährlich sei. Wann und wo sollen dann die Kinder das Velofahren lernen? Wenn Velofahrende wie Räuber ohne Handzeichen durch die Stadt fahren, regen sich alle auf. Wie sollen sie es denn üben?

Ich hoffe, dass der Gemeinderat ein paar Möglichkeiten prüft. Wenn er anschliessend mit Resultaten und Argumenten zum Schluss kommt, dass er mein Anliegen ablehnen muss, kann ich damit umgehen. Aber es genügt nicht, sich auf den Hinweis zu

beschränken, dass der Gemeinderat nicht zuständig sei und es wohl eigentlich auch nicht sein will. Wie wäre es, auf einem Schulhausplatz eine Strasse zu malen und einen Container für die Infrastruktur der Polizei zur Verfügung zu stellen? Das würde keine Millionen kosten. Der Schulhausplatz des Dufourschulhauses würde sich dafür eignen oder ein anderer unserer schönen, blanken Betonplätze wie beispielsweise ein nicht genutzter Parkplatz oder der Innenhof einer Überbauung. Wer einen Prüfungsantrag formuliert, wünscht sich, ernst genommen zu werden. Ich bin der Meinung, dass mein Auftrag nicht erfüllt ist und **beantrage deshalb, das Postulat nicht abzuschreiben.**

de Maddalena Daniela, Fraktion Grüne: Wer geübt Velo fährt, hat mehr Spass, kommt gut an und hat weniger Unfälle. Velofahren ist zu Recht «in», gesund und hat den Vorteil, schadstofffrei zu sein. Velofahrende brauchen wenig Platz, sei es auf der Strasse oder um Ihr Fahrgerät zu parkieren. Velofahren bedeutet aber auch Konflikte, sei es mit den Autofahrenden und leider auch mit den FussgängerInnen. Heute machen schon Kleinkinder, kaum dem Windelalter entwachsen, erste Erfahrungen mit der Fortbewegung auf zwei Rädern. Laufräder sind seit Jahren ein Hit. Danach geht es weiter mit Miniausgaben von Erwachsenenvelos. Es ist klar, dass Eltern ihre Kinder nicht auf der Strasse fahren lassen wollen. So fahren sie verständlicherweise alle zusammen auf dem Trottoir. Für FussgängerInnen ist das jedoch weniger verständlich. Da werden Strassen radfahrend auf Fussgängerstreifen überquert, um die Kinder sicher durch die Stadt zu bringen. Das ist deren erste Verkehrserziehung. Nein, das ist kein Plädoyer gegen das Radfahren auf Trottoirs, auch wenn es mich nervt – ausser ich mache es selber! Es ist ein Plädoyer für eine bessere Erziehung der Kinder im Strassenverkehr, und diese beginnt schon sehr früh. Zwei Stunden Verkehrsunterricht im Schulalter reichen nicht aus, um die Kinder für den Strassenverkehr fit zu machen. Es braucht auch ein Ort zum Üben, wo Eltern mit ihren Kindern hingehen können, um ihnen beizubringen, was auf der Strasse gefordert wird. Es geht auch darum, dass Kinder lernen, Gesetze zum eigenen Schutz und zum Schutz der Anderen anzuwenden. Kinder wollen spielen. Auf einer Verkehrsschulanlage kann das Verhalten auf der Strasse spielerisch und gefahrlos gelernt werden. Eine Verkehrsschulungsanlage kostet etwas – wieviel, wissen wir nicht. Die Investition lohnt sich aber bestimmt. Die Fraktion Grüne bittet Sie, das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.

Loderer Benedikt, Grüne: Sie können den «Verkehrsgarten» jetzt schon besichtigen. Angrenzend an die Bernstrasse gibt es ein Überbleibsel davon. In der Mitte des Platzes hat es ein Podest für den Polizisten und rundherum schön angeordnet, etwas vernachlässigt zwar, die Strassen. Die Kinder konnten dort mit Drei- oder Zweirad Verkehr lernen. Leider war der pädagogische Effekt negativ. Die Kinder, welche in diesen Gärten lernten, fühlten sich zu sicher. Als sie in den Verkehrsdschungel in der «freien Wildbahn» gelassen wurden, stellte sich heraus, dass die ganze Übung für die Katz war. Ich hoffe, dass es beim aktuellen Versuch nicht auf dasselbe herauskommt!

Bohnenblust Peter, FDP: Herr Loderer hat mich auf eine Idee gebracht. Die Stadt Biel bietet bereits Möglichkeiten zum Velofahren. Die Finanzdirektorin ist Sponsorin der Anlage auf der Wildermethmatte, wo sich eine Hügelpiste befindet. Dieser Parcours hat zwar nichts mit Verkehr zu tun, aber mit dem Beherrschen des Velos. Dort steht also bereits eine permanente Anlage.

Torriani Latscha Isabelle, au nom du Groupe PSR: La lecture de la réponse du Conseil municipal à ce postulat nous a laissé sceptique. Nous sommes convaincus qu'il y a beaucoup à faire au niveau de la prévention, même si cela coûte. Actuellement, un jardin de circulation pour les élèves est installé chaque année à la patinoire extérieure de la Tissot-Arena. Cette installation permet aux classes d'exercer les règles de la circulation sans danger, mais avec précision et sérieux. Toutefois, d'année en année, on ne peut avoir la garantie que ce jardin pourra être à nouveau installé. Hasard du calendrier, il se trouve que je suis enseignante et que j'étais ce matin même au jardin de la circulation avec ma classe de 5^{ème} et 6^{ème} H. J'ai pu observer la dynamique du lieu et mes élèves se déplacer, s'exercer, faire des erreurs et progresser. Je peux aussi certifier qu'au terme de l'heure et demie qui leur était impartie, je préfère ne pas les envoyer sur les routes, car ils ont encore beaucoup à apprendre. On peut même dire que la majorité d'entre eux n'était pas du tout prête à circuler sur les routes. Il serait idéal de pouvoir y retourner plusieurs fois et que chacun puisse s'y rendre librement avec des camarades ou avec la famille. Un centre serait donc évidemment bienvenu. Le Groupe PSR soutient donc également ce postulat et demande de ne pas le radier du rôle.

Steinmann Alfred, SP: Viele Kinder bewegen sich zuwenig. Auf den Strassen ist es zu gefährlich, wie bereits gehört. In den Schulhöfen ist das Velofahren eigentlich verboten. Vielleicht könnte ausserhalb der Schulzeiten das Velofahren zu gewissen Zeiten erlaubt werden. Vielleicht könnten mit einer Bemalung am Boden Verkehrssituationen nachgestellt werden. Die Verkehrsschulanlage wird in der Tissot-Arena aufgebaut und von der Kantonspolizei betreut. Die Kurse sind sehr gut gestaltet. Die Kinder lernen beispielsweise, nach hinten zu schauen und gleichzeitig zu fahren. Viele können nicht einmal velofahren, wenn sie in die Verkehrsschulung kommen. Ein Ausbau der Anlage wäre natürlich besser. Im Moment wird aber das Angebot eher abgebaut als gefördert. Deshalb sind Möglichkeiten zur Verkehrsschulung in der Stadt Biel wichtig, und zwar nicht nur für Kinder. Immer wieder fahren Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene mit dem Gefühl über Fussgängerstreifen, den Vortritt zu haben. Dieses fehlende Wissen muss behoben werden. Ein Ort zum Üben ist deshalb wichtig. Ich unterstütze den Antrag der Postulantin.

Scherrer Martin, SVP: Die Forderung nach einer Verkehrsschulungsanlage besteht schon seit 2005, als ich in den Stadtrat gewählt wurde. Das Anliegen ist also nicht neu. Das Projekt wurde weder unter einer rechten noch einer linken Mehrheit im Gemeinderat realisiert. Es ist nicht so, dass es keine Verkehrsschulungsanlage braucht. Das Problem ist der Begriff «permanent». Mit ein paar Linien auf dem Boden und einem Container ist es nicht gemacht, das wäre nicht sinnvoll. Die Anlage muss korrekt aufgebaut werden. Damit werden aber die Kosten exorbitant hoch und entsprechen nicht dem Nutzen. Die heutige Variante mit temporären Schulungen wie in der Tissot-Arena ist sinnvoll. Nachdem die alten diesbezüglichen Vorstösse nach Fristverlängerungen endlich abgeschrieben wurden, stört mich, dass jetzt wieder dieselbe Forderung auf dem Tisch liegt. Der Gemeinderat hat das Anliegen bereits mehrmals geprüft. Immer wieder dieselben Vorstösse einzureichen, ist borniert. Der Gemeinderat liegt mit seiner Antwort richtig. Der Vorstoss ist als erfüllt abzuschreiben.

Francescutto Luca, UDC: Je ne prends pas la parole au nom de mon parti. Je ne vais pas parler au nom des instructeurs et instructrices de la Police cantonale. Pour un des instructeurs de la Police cantonale qui donnait une leçon ce matin avec vous Madame

Torriani, le centre d'éducation routière est un problème depuis environ 20 ans. À l'époque, dans les villages, dès que l'on savait marcher, on grimpait sur un vélo et on se rendait à l'école. Aujourd'hui, cela n'est plus possible dans une ville, et on ne peut plus vraiment rouler dans les quartiers. C'est peut-être aussi la responsabilité des parents qui n'ont plus trop le temps ou, simplement, ce n'est pas dans la culture de tout le monde de faire du vélo. Pour nous biennois et biennoises, la Ville se porte au vélo et tout est entrepris pour faciliter la circulation. Le problème est qu'une grande partie des enfants qui se présentent au premier cours d'éducation routière ne savent même pas vraiment tenir sur un vélo. Cela veut dire qu'ils n'ont, pour différentes raisons, jamais eu de vélo. Les instructeurs et instructrices ont un nombre de leçons dicté par le Canton, et ils et elles perdent une bonne partie de ce temps à apprendre aux enfants à tenir sur un vélo. On dit qu'à Bienne, on est pour la mobilité douce. C'est très bien, mais il faut aussi s'en donner les moyens. Un terrain de 30 - 60m n'est pas énorme. Je pense notamment que le nouveau quartier qui sera construit entre la Longue rue et la rue Jacob pourrait accueillir un centre d'éducation routière. Il n'est pas nécessaire de réaliser des choses onéreuses. Toutefois, je doute que les parents se déplacent, même si ce jardin permanent était construit. Mais on aura, en tant que Ville, la satisfaction d'avoir tout fait pour donner aux enfants une chance de se déplacer à vélo correctement. De mon côté, je propose d'adopter ce postulat, mais de ne pas le radier du rôle.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die Gründe für das fehlende Verkehrswissen bei kleineren Kindern hat Herr Francescutto soeben erläutert. Es lässt sich feststellen, dass Kinder in der Verkehrsschulung über keine Grundkenntnisse im Velofahren verfügen oder kein Velo besitzen. Teilweise liegt dies an den unterschiedlichen Kulturen und dem fehlenden Bezug zum Velo. Die elterliche Verantwortung kann die Stadt nicht übernehmen. Aus Sicht des Gemeinderats liegt die Verantwortung dafür, dass die Kinder Grundkenntnisse im Velofahren erlangen, bei den Eltern. Wenn das die Aufgabe der Stadt oder des Staates wäre, würde ein neues und umfangreiches Aufgabenfeld geschaffen. Der Gemeinderat bezweifelt, dass Eltern ohne Bezug zum Velo ein entsprechendes Angebot für ihre Kinder nutzen würden. Immerhin verfügt die Stadt über verschiedene Plätze wie beispielsweise die Esplanade, auf denen das Velofahren gefahrlos geübt werden kann. Die Verkehrsregeln können später an den Verkehrsschulungen der Kantonspolizei gelernt werden. Nichtsdestotrotz werden mit der Kantonspolizei Gespräche geführt. Allenfalls könnten die Öffnungszeiten der mobilen Plätze ausgedehnt werden, so dass beispielsweise auch am Wochenende geübt werden könnte. Die Abklärungen laufen im Moment. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen, das vorliegende Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben. Die Forderung wurde geprüft. Der Gemeinderat ist davon ausgegangen, dass die Postulantin eine fix installierte Anlage wünscht; nach Abklärungen ist dies mit den vorhandenen Ressourcen nicht möglich.

Clauss Susanne, SP: Herr Feurer, ich bin nicht im Kanton Bern aufgewachsen. Sie haben vorhin ein zusätzliches Aufgabenfeld der Stadt erwähnt. Da, wo ich aufgewachsen bin, wurde intensiv das Velofahren geübt und eine Veloprüfung abgelegt. Das gibt es heute nicht mehr. Es wäre also nicht ein neues Aufgabenfeld, sondern die Wiederaufnahme eines einstmaligen Aufgabenfelds, weil die Kinder uns wichtig sind.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Die Zuständigkeit ist in der Antwort des Gemeinderats erwähnt.

Abstimmung

- über den Antrag der Postulantin, den Vorstoss erheblich zu erklären, aber nicht als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen. Das Postulat wird erheblich erklärt.

112. Interpellation 20180372, Pierre Ogi, PSR, «Ein öffentliches Strandbad für die Öffentlichkeit»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 37)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Ogi Pierre, PSR: Je suis ici comme si j'allais à l'échafaud. Je ne savais pas comment aborder ce sujet qui me travaille depuis plus d'un mois. Je ne sais pas comment défendre une idée sans être insultant. La plage de Bienne a toujours été pour moi un lieu incroyable. Je me souviens, quand j'avais dix ans, nous vivions encore en France avec ma famille et un de mes frères avait pu venir en vacances à Bienne. On avait reçu une magnifique carte postale de la plage de Bienne. On se demandait comment mon frère avait pu avoir la chance d'aller dans un endroit si riche. Quand je suis arrivé à Bienne, j'avais quinze ans, j'avais trop honte d'aller à la plage car c'était trop riche pour moi. J'étais majeur lorsque j'ai osé entrer dans ce si bel endroit où se retrouvait toute la population biennoise. C'était magique, et cela durant des années et des années. Tout à coup, le Conseil de ville a décidé que la gestion de ce lieu serait confiée à la CTS. Je me suis battu contre cette décision, alors que tout le monde me disait que cela ne changerait rien. La plage resterait une plage et ne serait pas utilisée à d'autres fins. Moi, j'avais vingt ans d'avance. Je le voyais cet avenir, que la plage devienne un moyen de faire de l'argent. Essayez de demander à Berne d'implanter des tentes, en pleine saison, au Marzili ou à Nidau. C'est certain que vous recevrez une réponse négative. À Bienne, c'est malheureusement possible! C'est triste de constater le mépris que la Ville a pour la population biennoise. J'ai élu Monsieur Fehr au Conseil municipal en pensant qu'il pourrait protéger la population et les pauvres. Je n'ai personnellement jamais pris l'avion et je ne suis jamais parti sur des plages paradisiaques à l'autre bout du monde. Je vais à la plage de Bienne et quand j'y vais, on « m'emmerde »! Il n'y a pas d'autres mots pour dire cela. Je ne comprends tout simplement pas la réponse du Conseil municipal qui cite au point 5: *«Le Règlement d'exploitation et de baignade de la plage du 4 août 2017 fixe explicitement que des limitations ou même une fermeture de la plage peuvent intervenir à la suite de manifestations ou d'événements particulier»*. Qui a élaboré ce règlement? Ce n'est certainement pas le Conseil de ville.

La réponse du Conseil municipal n'est pas sérieuse et j'en veux pour preuve qu'au point 7, il est écrit: *«Le Conseil municipal reconnaît et remercie la CTS pour ses efforts à mettre tout en oeuvre pour que lors de manifestations à des fins commerciales, les*

besoins de la population ne soient pas touchés excessivement». Il s'agit bien d'une politique du Conseil municipal que de mépriser toutes les infrastructures destinées à la population qui pourraient coûter quelque chose (parkings, toilettes, rues, etc.). Par contre, aux Champs-de-Boujean, il est possible de manger par terre, tellement c'est propre, car la vente de ces terrains peut rapporter des dizaines de millions de francs. Je me suis encore assuré, avant de venir, que Monsieur le Maire et Madame Schwickert faisaient partie du Conseil d'administration de la CTS. Ils nous font de grandes théories sur la propreté et la solidarité. Je me demande où est cette solidarité envers des personnes biennoises, lorsqu'on indique que la plage est fermée en pleine saison pour organiser des mariages. C'est impensable! Qui étaient les personnes phares de la plage de Bienne, à l'époque? C'était Monsieur Hermann Fehr et sa famille ainsi que les Conseillers et Conseillères municipaux. Tout le monde pouvait s'y rencontrer et jamais personne n'aurait pensé de solder ce bijou. Aujourd'hui, le Conseil municipal nous dit qu'il y a des règlements et que le Peuple a approuvé, le 4 mars 2018, une convention sur une couverture des déficits conclues entre la Ville de Bienne et la CTS. C'est faux, car il n'a jamais été dit explicitement au Peuple que la CTS pourrait disposer à bien plaie de la plage. Je peux vous assurer, que ces règlements n'auraient pas été acceptés. Cela me rend tout simplement fou!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Ogi, Ihre Äusserungen waren doch etwas heftig und ausserdem werden Sachverhalte vermisch. Das Strandbad in Biel ist das schönste der Schweiz, das ist unbestritten! Mit der Zeit hat sich jedoch das Kundenverhalten und das Strandbad verändert. Mit dem CTS hat dies nicht viel zu tun, sondern mit zwei anderen Faktoren. Erstens mit der Expo: Im Sommer vor der Expo konnte das Strandbad nur eingeschränkt benützt werden, während der Expo gar nicht und das Jahr darauf auch nur eingeschränkt. Dadurch hat sich das Nutzerverhalten verändert. Die spannenden 159 Tage der Expo haben auch die Bedürfnisse an das Gelände verändert. Gleichzeitig konnte das Strandbad saniert und in seinen Ursprungszustand zurückversetzt werden. Sie erwähnten vorhin, dass Sie damals, als mein Vater Stadtpräsident war, oft im Strandbad waren. Selbstverständlich war ich seinerzeit auch dort und ich weiss, wovon Sie sprechen. Damals ging ich morgens um 09.00 Uhr ins Strandbad und blieb ohne Sonnencreme den ganzen Tag über bis abends um 18.00 Uhr. Heute macht das praktisch niemand mehr. Das Sonnenbaden hat sich angesichts der UV-Strahlung verändert, und damit auch das Nutzerverhalten. Nach Auffassung des Gemeinderats sind Veranstaltungen im untergeordneten Rahmen im Strandbad zulässig. Über eine Hochzeitsfeier kann diskutiert werden, das Lakelive-Festival hingegen entspricht dem Wunsch, die Seebucht für verschiedene Anlässe zu nutzen. Die verschiedenen Bedürfnisse werden miteinander kombiniert. Für die Strandbadbesuchenden mag das allenfalls für eine gewisse Zeit einen Nachteil mit sich bringen. Dafür werden andere Bedürfnisse abgedeckt. Nach Ansicht des Gemeinderats braucht es hier Flexibilität. Das Strandbad dient nach wie vor prioritär dem Badebetrieb für alle BielerInnen und Auswärtige, welche das schöne Bad schätzen. Der Gemeinderat beispielsweise hat seinerzeit nach der Expo durchgesetzt, dass das Strandbad wieder durch den Zaun abgegrenzt wird und primär den Badenden vorbehalten bleibt. Aus den Fehlern der Vergangenheit kann immer gelernt werden. Das Strandbad von Biel ist und bleibt das schönste Strandbad der Schweiz!

Arnold Marc, SP: Herr Stadtpräsident, Ihre Äusserungen stimmen nicht. 1999 war die letzte Saison für das Strandbad, anschliessend wurde es für die Expo geschleift. Das Strandbad war ein Familien-, Schulkinder- und Freizeitbad. Neben dem Hauptgebäude

befanden sich die Mietkabinen. Auf dem Gelände waren ein Fussball-, Volleyball- und Badmintonfeld, ausserdem Hoch- und Weitsprunganlagen sowie eine Bocciabahn. Diese Einrichtungen sind alle nicht mehr vorhanden, und deshalb gehen die Schulen auch nicht mehr dorthin. Bei schlechtem Wetter verzeichnete das Strandbad vor 1999 Besucherzahlen von 150'000 oder gar 250'00 Gästen. Wegen der Expo wurde ein grosser Kiesplatz erstellt, der jetzt nicht mehr genutzt werden kann. Ich verwahre mich gegen die Behauptung, dass das Strandbad nach der Expo aufgewertet worden sei. Das Hauptgebäude wurde im ursprünglichen Stil von 1933 renoviert. Die Platzverhältnisse für die Umkleidekabinen sind knapp und das Ganze kommt eher einer Verschandelung gleich...

113. Interpellation 20180421, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, «Zügelt die Vinifera zu oft?»

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 38)

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats **befriedigt**.

Gonzalez Glenda, PSR: Je remercie le Conseil municipal de sa réponse dont je suis satisfaite. Cette interpellation est née lors de la dernière manifestation de la Vinifera en novembre, suite à différents mécontentements de la part de vignerons exposants par rapport aux coûts et à la difficulté de trouver un lieu récurrent, afin de mieux pouvoir s'organiser. Dans la réponse du Conseil municipal, il apparaît clairement que les nombreuses rumeurs qui positionnaient la Ville comme responsable de cet état de fait apparaissent comme fausses et infondées. Il apparaît également que la Ville n'est pas responsable de tous les locaux qui ont été loués pour la Vinifera, et que la responsabilité revient peut-être aussi aux organisateurs et responsables de la Vinifera. Il est donc important de relayer cette information afin que l'association et l'organisation de la Vinifera prennent les choses en main avec les mesures qui s'imposent. Je m'étais dit que, peut-être, l'utilisation de la plage de Bienne pour organiser la Vinifera aurait été intéressante. Toutefois, au vu de l'intervention musclée au sujet précédent, je pense que je m'abstiendrai d'aller plus loin dans cette idée.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Wenn im Sommer eine Weindegustation im Strandbad durchgeführt wird, würde ich das Angebot auf gekühlten Weisswein beschränken. Rotwein ist eher etwas für den Winter (*Gelächter*). Spass beiseite, die «Vinifera» ist aus Sicht der Stadt Biel und auch des CTS nicht befriedigend abgelaufen. Der alte Standort im nach wie vor nicht voll vermieteten Fachmarkt bei der Tissot-Arena ist an sich ideal. Ich habe die Frage nach den Parkingtarifen nicht ganz verstanden, denn an die Vinifera sollte aus naheliegenden Gründen mit dem Bus angereist werden. Die Innoland SA als Verwalterin des Fachmarkts verhandelt mit dem neuen Organisator der Vinifera. Der Anlass würde sehr gut in den Shoppingteil der Tissot-Arena passen. Die Lokaltäten des CTS in der Tissot-Arena sind nicht so gut geeignet, weil Konflikte mit dem Sportbetrieb entstehen können, aber auch aufgrund der kühlen Temperaturen. Damit wären wir wieder beim Thema Weisswein.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Bevor wir die Sitzung beenden, sind die dringlichen Vorstösse zu begründen und darüber abzustimmen.

114. Begründung der Dringlichkeit der überparteilichen Interpellation 20190174, Max Wiher, GLP, Glenda Gonzalez, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP «Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62?»

Wiher Max, GLP: Anscheinend bemüht sich ein Hotel um den Rennweg, wo bereits das X-Project geplant ist. Das X-Project hat höchste Bedenken, ob eine solche Koexistenz möglich ist. Aufgrund der laufenden Verhandlungen zwischen Baurechtsnehmer und Hotel ist die Interpellation dringend.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

115. Begründung der Dringlichkeit des Postulats 20190173, Peter Heiniger, PdA, «Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden!»

Heiniger Peter, PdA: Dasselbe Thema, aber keine Interpellation. Ich stehe dem X-Project sehr nahe. Im Moment sieht es so aus, als würde dort etwas gewaltig schief laufen. Mit einem Hotelbetrieb würde eine Koexistenz erzwungen, welche nicht funktionieren kann. Das X-Project gehört zwingend nach Biel. Seit 20 Jahren, also seit einer Generation, gehen Junge dorthin und nehmen heute ihre Kinder mit. Das X-Project hat eine unglaublich wichtige Integrationsfunktion für Biel und ist Biel/Bienne.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin: Ich schliesse die Sitzung und bedanke mich für die disziplinierte Arbeit. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

116. Neueingänge

20190172	Dringliches Postulat Peter Heiniger, PdA	PRA
	Verhindern des Abbaus von Poststellen in Biel/Bienne Empêcher la suppression d'offices de poste à Bienne	FID
20190173	Dringliches Postulat Peter Heiniger, PdA	FID
	Die Weiterführung des X-Project muss sichergestellt werden! Il faut assurer la survie du X-Project!	BKS PRA
20190174	Dringliche überparteiliche Interpellation Max Wiher, GLP, Glenda Gonzalez, PSR, Daniela de Maddalena, Grüne, Natasha Pittet, PRR, Anna Tanner, SP	FID
	Jugend und Kultur oder Hotel am Rennweg 62? Jeunesse et culture ou hôtel au chemin de la Course 62?	BKS PRA
20190175	Motion Ruth Tennenbaum und Titus Sprenger, Passerelle	PRA
	Konsultative Abstimmung zur Westumfahrung der Autobahn A5 Votation consultative sur le contournement Ouest par l'A5	STK
20190176	Überparteiliches Postulat Ruth Tennenbaum und Peter Heiniger, Fraktion Einfach libres!, Myriam Roth, Fraktion Grüne, Pascal Bord, PRR, Mohamed Hamdaoui, CVP	PRA
	Prävention und Intervention beim städtischen Personal Prévention et intervention auprès du personnel municipal	FID DSS BKS BEU
20190177	Postulat Christoph Grupp, Grüne	BEU
	Bauteile wiederverwenden Réutilisation des éléments de construction	PRA FID

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 20:25 Uhr / heures

Die Stadtratspräsidentin / La présidente du Conseil de ville:

Tennenbaum Ruth, Stadtratspräsidentin

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Protokoll:

Meister Katrin

Flückiger Rita

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Pinto Bernardino Floriane